

mäß § 10 des Gesetzes über den Landesverband Lippe bitte ich um **Kenntnisnahme**. – Ich stelle mit Blick in die Runde die Kenntnisnahme fest. Die Unterlagen können selbstverständlich im Archiv eingesehen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit treten wir ein in die Beratung der heutigen **Tagesordnung**.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Nachtragshaushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/7990

erste Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile zuerst Herrn Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans für die Landesregierung das Wort.

(Unruhe)

– Der Geräuschpegel ist heute Vormittag wieder relativ hoch.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich stelle Ihnen heute einen Nachtrag zum Haushaltsentwurf 2015 vor, der sich einem wichtigen und wesentlichen Thema widmet, dem Sicherheitspaket der Landesregierung, für das es eine Reihe von Gründen gibt, die der Kollege Ralf Jäger schon vor dem Unterausschuss „Personal“ vorgestellt hat.

Das Paket hat mit einer veränderten Sicherheitslage zu tun, die wir seit Ende 2014 feststellen. Es gibt Erkenntnisse, die sich aus den Anschlägen in Paris, Verviers und Kopenhagen ergeben haben und bei der Verabschiedung des Haushaltes 2015 so noch nicht vorlagen.

Ich sage dazu ausdrücklich: Es ist nicht so, dass sich seit den Anschlägen die Sicherheitslage von einem Tag auf den anderen völlig verändert hat; aber seitdem ist deutlich geworden, dass sich in der Vergangenheit die Sicherheitslage Schritt für Schritt verändert hat, weil Terroristen, die unser Gemeinwesen bedrohen, sich anders aufstellen, anders vorgehen. Es gibt einen geringeren planerischen und logistischen Aufwand. Andere, leicht zu beschaffene Waffen werden eingesetzt. Auch geht es nicht mehr um den klassischen Selbstmordattentäter. Es geht darum, dass Menschen kühl kalkulierend viele Opfer in Kauf nehmen und gleichzeitig dafür sorgen wollen, dass sie selbst gut dabei wegkommen.

Es geht auch nicht – obwohl davon immer noch die größte Gefahr ausgeht – um diejenigen, die als junge Menschen von hier aus in den Dschihad ziehen und dann verändert – zum Teil traumatisiert – wieder zurückkommen, sondern darum, dass ganz eindeutig erkennbar wird, dass sich mittlerweile Organisationen im Nahen Osten auch darum bemühen, dass Menschen erst gar nicht in den Nahen Osten gehen müssen. Sie rekrutieren sie hier. Dazu bedienen sie sich auch der sozialen Netzwerke. Sie gehen anders vor, nutzen IT und sind hochprofessionell. Sie sind im Marketing für ihre Sache besser aufgestellt.

Das führt dazu, dass die Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen mit einer deutlich gestiegenen Anzahl potenziell terrorbereiter Personen konfrontiert sind. Die Anzahl der gewaltorientierten Islamisten in Nordrhein-Westfalen wird derzeit auf 300 Personen geschätzt. Allein die durchgehende Observation nur eines einzelnen gewaltorientierten Islamisten bindet eine Vielzahl von Beamten.

Vor diesem Hintergrund ist eine personelle Verstärkung beim polizeilichen Staatsschutz und beim Verfassungsschutz erforderlich, um diesen neuen Herausforderungen wirksam begegnen zu können. Das Sicherheitspaket sieht deshalb vor, dass bis 2017 insgesamt 385 zusätzliche Beamtinnen und Beamte eingestellt und die erforderlichen zusätzlichen Sachausgaben bereitgestellt werden.

Der polizeiliche Staatsschutz soll mit 360 qualifizierten Polizistinnen und Polizisten verstärkt werden. Die Neuausrichtung wird durch jährlich 120 zusätzliche Einstellungen von Polizeianwärterinnen und -anwärtern in den Jahren 2015 bis 2017 ausgeglichen. Der Verfassungsschutz wird im Jahr 2015 um weitere 25 Stellen aufgestockt. Bereits mit dem Haushalt 2015 wurden 29 zusätzliche Stellen geschaffen. Die zusätzlichen Stellen werden benötigt, um die Observationseinheiten zu verstärken und weitere Analyse- und IT-Experten einzustellen. Daneben wird auch ein personeller Schwerpunkt im Bereich der Prävention gesetzt.

Mit dem Nachtrag sollen die benötigten 25 Planstellen für den Verfassungsschutz und die zusätzlich 120 Einstellungsermächtigungen für die Polizeianwärterinnen und -anwärter sowie die notwendigen Investitionen auf den Weg gebracht werden. Das wird 2015 zusätzlich zu Ausgaben für das Sicherheitspaket von 4,4 Millionen € führen.

Diese Mehrausgaben werden durch zusätzliche Einnahmen in Höhe von 1,5 Millionen € und durch eine zusätzliche globale Minderausgabe in Höhe von 2,9 Millionen € gedeckt. Die Nettoneuverschuldung verändert sich demnach gegenüber dem Stammhaushalt nicht. Sie beträgt unverändert 1,93 Milliarden €.

Der Personalstellenbestand erhöht sich aufgrund der zusätzlichen Stellen für den Verfassungsschutz um 25 Stellen. Das Haushaltsvolumen erhöht sich um 1,5 Millionen €. Ich glaube, das ist vor dem Hintergrund einer so wichtigen Herausforderung zu vertreten.

Die näheren Einzelheiten enthält der Gesetzentwurf.

Ich will an dieser Stelle noch einmal allen Fraktionen dieses Hauses, mit denen wir im Vorhinein gesprochen haben, ganz herzlich Danke sagen. Sie haben dazu beigetragen, dass wir ein verkürztes Verfahren auf den Weg bringen können, um diesen Nachtragshaushalt am Freitag zu verabschieden und gemeinsam zu zeigen, dass dieser Staat in der Lage ist, Bedrohungen des Gemeinwesens, der Sicherheit, der Stabilität, des friedlichen Zusammenlebens gemeinsam zu begegnen. Noch einmal herzlichen Dank dafür. Alles andere werden wir hoffentlich am Freitag unter Dach und Fach bringen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister, für die Einbringung des Nachtragshaushalts. – Ich eröffne die Aussprache, und als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Dr. Optendrenk das Wort.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist die wichtigste Aufgabe eines Staates, die innere und äußere Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Das ist, wenn man in die Geschichte schaut, die erste und zugleich dauerhafteste Voraussetzung für das Bestehen jedes Staates. Ohne staatlich garantierte Sicherheit fehlt nämlich das Fundament für jede freiheitliche Gesellschaft und ihre Entfaltung.

Die Landesregierung hat heute einen Nachtragshaushalt eingebracht, und sie begründet ihn mit der Notwendigkeit weiterer Personal-, Sach- und Finanzmittel, um die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen zu gewährleisten. Nach ihren Angaben hat sie fundierte Erkenntnisse, dass sich die Sicherheitslage in unserem Land seit der Verabschiedung des Haushalts 2015 im Dezember deutlich verändert hat.

Wir haben deshalb als CDU-Landtagsfraktion erklärt, dass wir bereit sind, ausnahmsweise wegen dieser sehr einschneidenden Erkenntnisse ein sehr stark beschleunigtes Verfahren für diesen Nachtrag mitzutragen. Sie wissen, das fällt Abgeordneten – vor allen Dingen Abgeordneten der Opposition – nicht leicht. Denn das Budgetrecht ist nicht umsonst das wichtigste Parlamentsrecht. Mit unserem Bewilligungsrecht für die finanziellen Mittel, mit denen ei-

ne Landesregierung umgehen darf, müssen wir sorgfältig umgehen.

Entscheidend ist für uns als CDU-Fraktion aber, dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger so gut wie möglich gewährleistet wird – wie immer das auch in einer immer komplizierter werdenden Lage möglich ist. Das hat Vorrang, wenn die Gefahrenlage durch die Landesregierung so eindringlich geschildert wird, wie dies hier geschehen ist. Schon am Freitag wird daher der Haushalt in dritter Lesung verabschiedet. Schneller geht es nach Verfassung und Landeshaushaltsordnung kaum.

Ich möchte aber heute, was die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden angeht, an die Regierungsfraktionen eine eindringliche Bitte richten:

Lassen Sie uns in den nächsten Monaten gemeinsam dazu beitragen, dass auch die Polizei ihre Arbeit ohne politisch verursachte Verunsicherung vornehmen kann. In der heutigen Situation sollten wir unter anderem darauf verzichten, die seit Jahren schwelende Diskussion um eine veränderte Polizeiorganisation gerade jetzt zu führen. Das bindet nämlich, wie wir alle wissen, nicht nur Energie im politischen Raum, sondern führt auch zu viel Ablenkung, Verunsicherung und zum Teil auch Selbstbeschäftigung bei der Polizei.

Aber jetzt brauchen wir eine Polizei, brauchen wir Sicherheitsbehörden, die die Zeit und die innere Ruhe haben, sich um die Sicherheit der Menschen unseres Landes zu kümmern und nicht um interne Organisationsfragen.

Wichtiger ist nämlich die Frage, an welchen Stellen wir kurz-, mittel- und langfristig die Polizei von Aufgaben entlasten können, die Personal und Zeit binden. Ich denke an solche Themen wie die Begleitung von Schwertransporten oder vergleichbare Sicherungsaufgaben.

Wir nehmen heute als CDU-Fraktion unsere Aufgabe hier im Landtag in einer außergewöhnlichen Lage verantwortungsvoll wahr. Wir bitten die Landesregierung, dies in ihrem tagtäglichen Handeln in gleicher Weise auch bei den innenpolitischen Prioritäten zu tun, sich also auf die Sicherheit dieses Landes und seiner Menschen zu konzentrieren.

(Beifall von der CDU)

Zu den Einzelinhalten des Etatentwurfs werden wir uns in zweiter und dritter Lesung sowie im Ausschuss noch ausführlich beraten. Von daher will ich an dieser Stelle schließen und mich dem ausdrücklich anschließen, dass es wohl wichtig ist, in einer solchen Situation im Verfahren zusammenzustehen. Soweit wir das sehen können, werden die Maßnahmen leider nicht die letzten sein, die wir in den nächsten Monaten und Jahren miteinander zu beraten haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Stotko das Wort.

Thomas Stotko (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter dem sperrigen Titel eines Nachtragshaushaltsgesetzes 2015 versteckt sich etwas, von dem ich auch nach den einführenden Worten des Kollegen Optendrenk hoffe, dass sich am Ende der Beratungen alle Fraktionen dieses Hauses hinter das Gesetz stellen, nämlich eine Stärkung der inneren Sicherheit in unserem Land.

Denn wer könnte eigentlich etwas dagegen haben, dass wir in den Jahren 2015 bis 2017 mit 1.642 Polizeianwärterinnen und -anwärtlern einen neuen Rekord aufstellen? Wer könnte etwas dagegen haben, dass wir nach dem Zuwachs von 600 Stellen aus den Jahren 2011 bis heute nunmehr weitere 360 Stellen schaffen, um den deutlich gestiegenen Herausforderungen nach den Anschlägen von Paris und Kopenhagen sowie der sich konkretisierenden Gefährdungslage durch salafistische Extremisten und islamistische Terroristen zu begegnen?

Wer wollte auch etwas dagegen formulieren, dass wir mit 110 zusätzlichen Ermittlern den Staatsschutz verstärken, mit 150 Spezialisten den Bereich „Fahndung und Observation“ ergänzen und mit zusätzlichen 100 Kolleginnen und Kollegen der Polizei besonders gefährdete Personen und Objekte schützen?

Und zu guter Letzt: Wer würde bestreiten, dass es erforderlich ist, den Verfassungsschutz um 25 weitere Stellen zu stärken, nachdem wir dort bereits im regulären Haushalt 2015 29 weitere Stellen geschaffen haben?

Wer also – das fragen wir uns als regierungstragende Fraktionen – könnte etwas dagegen haben, dass wir mit diesen 385 neuen Stellen nicht nur unsere repressive, sondern auch unsere präventive Arbeit zum Schutze unseres Staates und unserer Verfassung in gleichem Maße ausbauen?

In den Regierungsfractionen sicher niemand – wer hätte das gedacht –, denn zu diesem Tagesordnungspunkt haben unsere Finanzpolitiker dem Innenpolitiker sogar das Rederecht gegeben, weil selbst aus haushalterischen Gründen keine Vorbehalte formuliert werden. Und einen solchen Finanzminister – das will ich deutlich sagen –, der so versiert einen haushaltspolitischen Antrag behandelt, der sich allein auf die Innenpolitik gründet, den könnten wir in der Innenpolitik gebrauchen.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Wenn Sie also mal bei uns mitmachen wollen, laden wir Sie ein, aber natürlich nicht als Ersatz des Ministers.

(Zurufe von der SPD und der CDU)

Deshalb danken wir ausdrücklich den Finanz- und den Haushaltspolitikern, und zwar in gleichem Maße.

Der Innenminister selber hat uns bereits im Ausschuss für unsere Bereitschaft gedankt, diesen Prozess der neuen Stellen einzuleiten. Im Übrigen haben uns auch die Polizeigewerkschaften und die Fachjournalisten gedankt, ebenso die anderen Bundesländer, die in ähnlichem, aber nicht so großem Maße ihre Stellenzuwächse planen.

Das gilt auch, wie Sie heute und gestern schon hören durften, für den Bund, der verkündet hat, den Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt und die Bundespolizei um insgesamt 750 Stellen aufzustocken und deren Etat um 328 Millionen € zu verstärken. Wer also könnte etwas gegen diesen Nachtragshaushalt haben?

Laut meinen Vorbereitungen hatte ich eigentlich vor, jetzt noch etwas zu sagen. Nach der Rede des Kollegen Dr. Optendrenk hoffe ich nun aber einfach, dass auch die Kolleginnen und Kollegen von FDP und der Piraten der Meinung sind, dass wir heute nicht die Details diskutieren sollten, sondern dass wir klarmachen müssen: Heute besteht die Gelegenheit, diesen Schritt der regierungstragenden Fraktionen und der Landesregierung gemeinsam zu begrüßen, um unseren, Herr Dr. Optendrenk, richtig formulierten Auftrag – nämlich gemeinsam für die Sicherheit der Menschen hier in unserem Land zu sorgen – ordnungsgemäß auszufüllen und am Ende dem Nachtragshaushalt zuzustimmen.

In den nächsten zwei Jahren dieser Legislaturperiode wird ausreichend Zeit sein, dann wieder in das ritualisierte Gehebe von Opposition und Regierung zu verfallen. Aber in diesem Moment – dessen sind wir uns sicher – muss das Signal an die Menschen und an die Gewaltbereiten in unserem Land sein: Wir treten keinen Schritt zurück, wir stärken die Sicherheit der Menschen in unserem Land und sorgen dafür, dass man hier besser leben kann. – Besten Dank.

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Lürbke.

Marc Lürbke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Stotko, nach dieser pathetischen, emotionalen Rede muss man doch einen Blick auf die Details werfen. Aber ich gebe Ihnen in einem gewissen Punkt recht; denn die Begründung dieses Nachtragshaushaltes ist auf den ersten Blick sicher schlüssig. Die aktuellen Ereignisse machen eine kurzfristige Umschichtung innerhalb des Personalkörpers der Polizei notwendig, um die Terrorismusbekämpfung zeitnah zu verstärken.

Allerdings bleibt dieser Nachtragshaushalt doch eher ein Tropfen auf den heißen Stein. Er wird leider keinerlei wirklich nachhaltige Entlastung für die Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen bewirken.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Denn wer in den Nachtragshaushalt schaut,

(Zuruf von der SPD: Beantragen Sie denn zusätzliche Stellen? – Widerruf von der CDU)

der wird feststellen: Tatsächlich findet sich im betreffenden Titel für Personalkosten, für neue Polizeianwärterstellen, kein einziger zusätzlicher Eurocent. Und das ist dann schon bemerkenswert.

Aber ganz davon ab: Wenn als Reaktion auf aktuelle Ereignisse innerhalb der Polizei Kräfte punktuell und zeitlich dort eingesetzt werden, wo sie auch benötigt werden, dann ist das vielleicht gar nicht mal grundsätzlich zu kritisieren. Persönlich vorwerfbar ist aber – auch dem Innenminister –, dass dann Rot-Grün, so wie Sie es auch heute Morgen wieder getan haben – Herr Stotko hat es ausgeführt –, aktuelle und strukturelle Maßnahmen bewusst vermengt, um den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Beamten in diesem Land weiszumachen, dass durch die aktuellen Personalumschichtungen die anderen polizeilichen Bereiche nicht geschwächt würden, etwa die Kommission zur Bekämpfung von Einbrechern.

Gleichzeitig suggerieren Sie, in den abgebenden Dienststellen könnte der Personalverlust durch Mehrarbeit ohne Einbußen oder gar durch die neuen Anwärterstellen nach und nach wieder ausgeglichen werden. Sie versuchen damit, den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land weiszumachen, dass man sich eine zu kurze Decke bis an die Ohren ziehen kann, ohne dass die Füße kalt werden.

(Minister Ralf Jäger: Der ist von mir!)

– Der ist von Ihnen, Herr Jäger, aber ich bin größer, als die meisten Decken lang sind, und ich weiß aus praktischer Erfahrung: Das wird nicht funktionieren;

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

wenn man die Decke nach oben zieht oder nach unten: Entweder die Ohren sind kalt oder die Füße. Und es ist doch absolute Augenwischerei, diese 385 fehlenden Beamtenstellen durch Überstunden anderer Beamter ausgleichen zu wollen, die diese dann durch Freizeitausgleich in einem Fünf-Jahres-Fenster abbauen sollen.

Wir haben doch die Zahlen vorliegen. Insgesamt dürften es fast 4 Millionen noch nicht ausgeglichener Überstunden sein, die unsere Beamtinnen und Beamten der Polizei in Nordrhein-Westfalen vor sich her schieben. 4 Millionen Überstunden!

Und für einen zeitnahen finanziellen Überstundenausgleich, Herr Finanzminister, der Millionen Euro kostet, findet sich im Nachtragshaushalt übrigens kein einziger Cent.

Hinzu kommt die fehlende nachhaltige strukturelle Personalentwicklung dieser Landesregierung. Ab 2018 bis 2025 wird der von Rot-Grün zu verantwortende Personalabbau bei der Polizei von gut 4.000 Stellen bereits spürbar durchschlagen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Wie viele haben Sie denn ausgebildet?)

Deshalb ist doch Fakt, meine Damen und Herren, dass diese 360 Beamten, über die wir reden, keine zusätzlichen Beamten sind, die ab 2018 zusätzlich auf der Straße sind, sondern es werden 360 Beamte weniger abgebaut, als Sie ursprünglich geplant hatten.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Das müssen Sie den Menschen in diesem Land sagen, denn das gehört zur Wahrheit hinzu.

Ich sage Ihnen auch, meine Damen und Herren: Alle Dienststellen und alle Kommissariate, die jetzt auf Beamte verzichten und Stellen abgeben, werden diese nie mehr wiederbekommen. Durch Mehrarbeit allein ist das vor Ort nicht zu lösen. Auch das gehört zur Wahrheit dazu. Auch das müssen Sie den Menschen in diesem Land deutlich sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die FDP-Fraktion hat deshalb aus gutem Grund bereits mit ihrem Änderungsantrag zu den Beratungen zum Haushalt 2015 jährlich 300 zusätzliche Anwärterstellen gefordert. Dafür braucht es nicht erst den Terror von Paris und Kopenhagen, sondern die Situation im Land Nordrhein-Westfalen macht schon deutlich, warum wir die Aufstockung brauchen.

Fest steht doch – der Finanzminister hat das noch einmal ausgeführt –, dass allein die Überwachung der bekannten gefährlichen Islamisten in Deutschland und in NRW eine enorme Belastung darstellt, die die Sicherheitsbehörden bereits an die Grenzen dessen bringt, was sie zu leisten im Stande sind. Die Zahl der zu Überwachenden wird eher weiter steigen als sinken.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Marc Lürbke (FDP): Wer jetzt aber die Einsatzkräfte dauerhaft von einem Brandherd abzieht, um sie an einem anderen einzusetzen, ohne andernorts wirklich für Ausgleich zu sorgen, darf sich nicht wundern, wenn die anderen Brandherde, die man nicht mehr im Blick hat, außer Kontrolle geraten.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss.

Und deshalb befürchten viele Beamte zu Recht, dass da ein Vakuum entsteht, wenn diese 385 Beamten aus den Behörden abgezogen werden.

Deshalb – das ist mein letzter Satz – nochmals der Appell an die Landesregierung, an den Innenminister, an den Finanzminister: Ziehen Sie die Reißleine! Erhöhen Sie die Anwärterstellen im nötigen Maß auf 1.800, um auch zukünftig die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen nachhaltig und dauerhaft gewährleisten zu können!

(Stefan Zimkeit [SPD]: Unter 1.000 haben Sie ausgebildet, und jetzt fordern Sie 1.800!)

Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Paris, Verviers, Kopenhagen: Die Anschläge der letzten Monate haben uns erschüttert. Sie waren von Menschenverachtung, insbesondere einem menschenverachtenden Antijudaismus, und von Demokratiefeindlichkeit geprägt. Das waren Anschläge auf zentrale Werte unserer demokratischen Gesellschaften.

Der Anschlag von Paris ist auf eine neue Qualität, auf eine andere Systematik der Tatausübung zurückzuführen. Mit wenig planerischem Aufwand bei der Vorbereitung ist es den Tätern dennoch gelungen, viele Menschen zu verletzen und zu töten. Dass dieser Anschlag ein grausames Vorbild für potenzielle Nachahmungstäter sein kann, haben uns dann die Ereignisse in Kopenhagen verdeutlicht.

Schon seit einigen Jahren beobachten wir einen verstärkten Zulauf zur gewaltbereiten salafistischen Szene. Durch die Kriege in Syrien und im Irak hat sich dieser Trend noch einmal verstärkt. Von bundesweit etwa 7.000 Personen im gewaltbereiten Salafismus sind etwa 1.900 Personen in Nordrhein-Westfalen. Ähnliche Zuläufe zu diesen Gruppierungen gibt es in anderen westeuropäischen Ländern. Das ist kein Phänomen von Nordrhein-Westfalen allein.

Aus NRW sind aber bereits über 150 Personen ausgereist, um sich an grausamen Kampfhandlungen in anderen Ländern zu beteiligen. Von diesen Rückkehrern geht eine besondere Gefahr aus. Sie sind teilweise traumatisiert und verroht nach Nordrhein-Westfalen zurückgekehrt und haben Erfahrungen im Umgang mit Waffen.

Die Überwachung dieser Personen bindet Ressourcen, und auch die veränderte Durchführung der Ta-

ten stellt uns vor neue Herausforderungen. Wir brauchen deshalb eine personelle Stärkung der Sicherheitsbehörden. Wir haben als Grüne immer gesagt: Wir brauchen eine starke Polizei, die in der Lage ist, die bestehenden rechtlichen Instrumente konsequent umzusetzen. Was wir nicht brauchen, ist eine voreilige Verschärfung der Sicherheitsgesetze, die letztlich zulasten der Freiheitsrechte von uns allen geht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir stellen uns deshalb mit diesem Nachtragshaushalt den Herausforderungen. Wir werden innerhalb der Polizei Personalstellen umschichten. 110 zusätzliche Ermittlerinnen und Ermittler werden den polizeilichen Staatsschutz verstärken, weitere 150 Spezialistinnen und Spezialisten sind für Fahndung und Observation vorgesehen. Zum Schutz besonders gefährdeter Personen und Objekte werden 100 Polizisten zusätzlich eingesetzt.

Um diese Umschichtungen zu kompensieren, wollen wir mit diesem Nachtragshaushalt in den kommenden drei Jahren insgesamt 360 neue Kommissaranwärterinnen und -anwärter einstellen. Damit kommen wir in diesem Jahr auf eine Anzahl von insgesamt 1.642. Das ist Rekord, und das wird unsere Ausbildungskapazitäten voll auslasten.

Neben der Polizei wird der Verfassungsschutz um weitere 25 Stellen aufgestockt. Mit dem Haushalt 2015 hatten wir bereits 29 zusätzliche Stellen geschaffen. Das ist also ein Plus von insgesamt 54 Stellen in diesem Jahr.

Meine Damen und Herren, der Nachtragshaushalt wird zu keiner Veränderung der bislang im Haushalt vorgesehenen Nettoneuverschuldung führen, da die Mehrausgaben vollständig durch die Erhöhung der globalen Minderausgaben sowie durch zusätzliche Einnahmen des Ministeriums für Inneres und Kommunales gedeckt werden.

Wir reagieren nicht allein mit repressiven Maßnahmen durch Polizei und Verfassungsschutz. Wir brauchen den ausgewogenen Mix aus Repression und Prävention, denn der gewaltbereite und verfassungsfeindliche Salafismus als gesellschaftliches Phänomen lässt sich allein mit repressiven Mitteln nicht eindämmen. Deswegen sei auch an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die rot-grüne Landesregierung auch in diesen Bereichen der Prävention und Intervention Maßnahmen ergriffen hat. Wir werden morgen an gleicher Stelle darüber debattieren.

Meine Damen und Herren, trotz der Herausforderungen der Haushaltskonsolidierung sollten wir heute als Parlament in diesem wichtigen Feld gemeinsam agieren. Wir sollten das tun, ohne in Panik zu verfallen. Wir sollen keine Angst verbreiten, aber der Bevölkerung klarmachen, dass sie darauf vertrauen kann, dass wir unsere Sicherheitsbehörden unterstützen und so ausstatten, dass wir der Bedro-

hungslage sicher entgegenwirken können. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Abel. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal! Was hier und heute von den regierungstragenden Fraktionen, insbesondere aber auch vom Herrn Finanzminister vorgetragen wird, ist schon – einmal ganz vorsichtig formuliert – erstaunlich.

Was das Verfahren angeht, Herr Finanzminister, muss ich Sie leider korrigieren. Der Konsens, den Sie hier behauptet haben, ist schlicht und ergreifend unzutreffend. Ganz im Gegenteil: Die Piratenfraktion ist, wenn Sie schon alle Fraktionen ansprechen, nicht gefragt worden hinsichtlich eines verkürzten Verfahrens, wie es jetzt bezüglich des Nachtrags Haushaltes durchgezogen werden soll. Das will ich einmal ganz klar festhalten.

Man könnte natürlich sagen, die Piratenfraktion spielt an dieser Stelle keine Rolle. Aber wie es aussieht – sieht man einmal von Herrn Kollegen Lürbke ab; allerdings hat der Kollege Optendrenk das auch durchaus moniert –, ist es nicht unbedingt des höchsten Rechts des Parlaments – des Budgetrechts – würdig, hier eine Imagekampagne für den Innenminister, der zugegebenermaßen in den letzten Monaten etwas geschwächt dasteht, durchzuziehen,

(Unruhe von der SPD)

damit er nach außen als Innenminister dasteht: Seht her, wir machen etwas bei der Polizei, wir stocken die Zahl der Polizeikräfte auf, wir erhöhen die Sicherheit. Ich bin der starke Mann.

Das Gegenteil ist auch in diesem Fall, Herr Minister Jäger, zutreffend. Wie der Finanzminister interessanterweise vorhin nämlich sagte, gäbe es zwar eine veränderte Sicherheitslage. Im nächsten Satz sagte er aber, sie habe sich gar nicht aktuell verändert, das sei schon länger so. Die Sicherheitslage hat sich nämlich in der Vergangenheit verändert.

Jetzt muss man sagen: Erst aufgrund der wirklich schändlichen Ereignisse in Paris, Kopenhagen und Verviers ist Ihnen aufgegangen, dass hier langsam etwas getan werden muss. So sieht es doch in Wahrheit aus.

Fakt ist auch: Es werden keine zusätzlichen Stellen geschaffen, über die man ganz akut diese Sicherheitslage in den Griff bekommen könnte,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

sondern es werden, wie hier gesagt worden ist, Umschichtungen vorgenommen. Auch das ist nicht zutreffend. Zutreffend ist, dass aus anderen Dienststellen Spezialkräfte der Polizei abgezogen werden. Herr Kollege Lürbke hat gesagt, dass da ein Vakuum entsteht. In der Tat müsste man sich fragen, was diese Spezialkräfte der Polizei bisher getan haben, wenn sie jetzt an anderer Stelle den nach ihrer Spezialausrichtung wahrscheinlich erforderlichen Tätigkeiten nachgehen. Haben die da nur gesessen? Das doch ganz sicherlich nicht.

(Nadja Lüders [SPD]: Sie haben keine Ahnung!)

– „Keine Ahnung“, das können Sie natürlich jetzt sagen. Ich fände es großartig, wenn Sie jetzt auf den Tisch steigen würden, denn dann könnten Sie erkennen, was hier tatsächlich stattfindet. Das muss einfach einmal gesagt werden. Wir können doch den Menschen hier nicht verkaufen, dass die Sicherheit im Lande erhöht wird, wobei gar keine neuen Spezialkräfte, die diese Sicherheit gewährleisten können, eingestellt werden. Frühestens ab 1. September dieses Jahres können neue Anwärtinnen und Anwärter eingestellt werden. Diese müssen erst einmal zu Polizistinnen und Polizisten ausgebildet werden,

(Nadja Lüders [SPD]: Ah!)

von mir aus auch zu Spezialkräften, sodass die tatsächliche Personalverstärkung in den hier genannten Bereichen frühestens in drei, mangels Erfahrung wahrscheinlich aber erst in fünf Jahren Platz greifen könnte.

Hier und heute zu verkaufen, dieser Nachtrags Haushalt erhöhe die Sicherheit des Landes Nordrhein-Westfalen, ist eine glatte Lüge.

(Beifall von den PIRATEN)

Selbstverständlich – Herr Kollege Stotko hat es angesprochen – sind auch die Piraten keineswegs abgeneigt zu sagen, wir bräuchten – das ist eine unserer wesentlichen Wahlkampforderungen – deutlich mehr Polizeibeamte. Ob wir allerdings mehr Beamtinnen und Beamten im Staatsschutz oder gar im Verfassungsschutz brauchen, ist angesichts der nicht gerade mit Ruhm ausgezeichneten Vergangenheit dieser Behörden außerordentlich fraglich.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Piraten und der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen – das wird sicherlich auch der NSU-Untersuchungsausschuss nicht besonders verändern – werden vermutlich keine Freunde werden.

Wir halten es nicht für klug, einer im Geheimen agierenden und praktisch nicht kontrollierbaren, faktisch so gut wie keiner Gerichtsbarkeit unterstehenden Behörde noch mehr Überwachungspersonal zur Verfügung zu stellen. Da bedarf es dringend der Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle.

Insgesamt lässt sich jedenfalls sagen – abgesehen davon, dass wir dieses verkürzte Verfahren, welches hier nicht mit unserer Zustimmung erfolgt, rügen –, dass wir diesen Nachtragshaushalt ablehnen werden. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Ministerpräsidentin Kraft hat für die Landesregierung um das Wort gebeten. Das erhält sie natürlich. Ich möchte nur, bevor ich sie ans Rednerpult bitte, das Verfahren erläutern.

Normalerweise wird ein Haushalt oder ein Nachtragshaushalt eingebracht. Anschließend gibt es einen Redezeitblock und eine Debattenzeit dazu. In diesem Fall ist, weil es vorher eine Verständigung gegeben hat, ein etwas anders strukturiertes Verfahren gewählt worden. Deshalb ist nur Block I ausgewiesen. Aus diesem Grunde gibt es auf den ausgedruckten Redelisten nicht automatisch noch einmal die Landesregierung mit einer noch zu benennenden Rednerin oder einem noch zu benennenden Redner.

Das heißt faktisch – deshalb meine längeren Erläuterungen –, dass jetzt die Ministerpräsidentin die Redezeit der Landesregierung überzieht. Diese überzogene Redezeit steht dann selbstverständlich auch den Fraktionen zur Verfügung. Das muss ich nur vorher erläutern, damit sich die Fraktionen darauf einstellen können. – Vielen Dank für Ihr Verständnis.

Jetzt gehört das Redepult Ihnen.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne hinzufügen, dass diese Vereinbarung gemeinsam mit den Piraten getroffen worden ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich finde, das ist nach Ihrem Beitrag, lieber Herr Schulz, wichtig, damit auch diejenigen, die die Sitzung außerhalb dieses Plenarsaales verfolgen, mitbekommen, dass Sie damit einverstanden waren, dass ein solches Vorgehen gewählt wird.

Ehrlich gesagt, wollte ich eigentlich nur kurz ans Rednerpult gehen und sagen, dass ich mich darüber freue, dass wir große Unterstützung für das, was wir seitens der Landesregierung hier vorgeschlagen haben, erwarten dürfen.

Wir haben eine veränderte Sicherheitslage. Ich glaube, die kennen wir alle. Wir wissen alle, was passiert ist. Es ist unsere Aufgabe, die Sicherheitsstrukturen noch weiter zu verbessern.

Lieber Herr Schulz, ich würde gerne jetzt zusätzliche Polizistinnen und Polizisten einstellen. Aber die

müssen wir in der Tat erst einmal ausbilden. Deshalb weise ich einmal darauf hin – damit komme ich zu Herrn Kollegen Lürbke; Sie waren damals noch nicht Mitglied des Parlamentes –: Wir könnten heute 2.700 Polizistinnen und Polizisten mehr im Land Nordrhein-Westfalen haben, wenn nicht die schwarz-gelbe Vorgängerregierung die Einstellungen heruntergefahren hätte.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU und der FDP)

Auch das gehört zur Wahrheit einer solchen Diskussion.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

– Entschuldigung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, wenn Herr Lürbke sich nicht hierhin gestellt und gesagt hätte, es ist alles schön und gut, aber es reicht nicht, dann hätte ich diese Intervention an dieser Stelle nicht gemacht. Aber das gehört zur Klarheit und Wahrheit dazu. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. Die zusätzliche Redezeit beträgt für jede Fraktion eine Minute und zwanzig Sekunden. Möchte jemand die Redezeit nutzen? – Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich an dieser Stelle die Aussprache.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Gesetzentwurfs **Drucksache 16/7990** an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Dieser Ausschuss bekommt die Federführung. Die Mitberatungen gehen an den **Innenausschuss** sowie an den **Unterausschuss „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses**. Möchte jemand gegen die Überweisungen stimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit haben wir einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

2 **Elftes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (11. Schulrechtsänderungsgesetz)**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7544

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/8199

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8205 – Neudruck

keiner Weise Äußerungen, die die Ministerin gemacht hat.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich betone an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich: Wir schaffen keine Bekenntnisschulen ab! Bekenntnisschulen haben in einem pluralen Bildungsangebot genauso ihre Berechtigung wie alle anderen Schulen, die übrigens ebenso im Sinne einer Wertgrundlage erziehen und bilden.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Das Wesen der Politik ist der Kompromiss. Ein guter Kompromiss – so sagt man – muss allen etwas wehtun. Insofern habe ich Verständnis dafür, dass dieser Gesetzentwurf manchen von Ihnen, liebe Kollegen von den Piraten, nicht weitreichend genug ist, und anderen zu weit geht, liebe Kollegen von der CDU und der FDP. Das zeigt mir: Der Entwurf ist gut.

Das 11. Schulrechtsänderungsgesetz nimmt sich den Herausforderungen an, vor denen wir bei den Bekenntnisschulen stehen. Es wurde gründlich erarbeitet. Die Betroffenen wurden angehört und ihre Positionen in den Entwurf einbezogen.

Wir stehen voll und ganz hinter dem Entwurf und werden ihm daher zustimmen. Ich lade alle Kolleginnen und Kollegen im Haus ein, sich uns anzuschließen. – Glück auf!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Voigt-Küppers. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Kollege **Schulz** von der Fraktion der Piraten möchte **gemäß § 31** unserer **Geschäftsordnung** eine **Erklärung** abgeben. Dazu gebe ich ihm jetzt das Wort.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Herr Finanzminister! Ich habe eben behauptet, wir, die Piratenfraktion, seien im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushaltsverfahren an dem Verfahren zur Verabredung eines verkürzten Einbringungs- und Beratungsverfahrens nicht beteiligt worden. Dies war in dieser Weise nicht zutreffend.

Deshalb hatten Sie, Frau Ministerpräsidentin, mit Ihrer hier eingeworfenen Anmerkung recht.

Tatsächlich sind wir mit Hinweis auf die Absicht der regierungstragenden Fraktionen, ein verkürztes Verfahren zu wünschen, und insbesondere mit Blick auf eine Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses gefragt worden und haben diesem Ein Schub mit großen Bauchschmerzen zugestimmt.

Meine Behauptung, die Behauptung des Finanzministers hier an diesem Pult, wir seien wie alle Fraktionen beteiligt worden in der Vorbereitung eines verkürzten Verfahrens zur Einbringung des Nachtragshaushaltes, sei eine Lüge, war daher unzutreffend. Ich nehme sie mit dem Ausdruck allergrößten Bedauerns und mit der Bitte um Entschuldigung und auch mit Blick auf die hierdurch irritierten Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses, die sich an dieser Stelle zu Recht dann, wenn erfolgt, aufgeregt haben, zurück.

Meine Behauptung fußte auf meinem – ich betone: meinem – Missverständnis und meiner – ich betone: meiner – Fehlinterpretation einer mir vorliegenden Information des Büros unseres Parlamentarischen Geschäftsführers. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich war davon ausgegangen, das war eine Erklärung zu diesem Tagesordnungspunkt. Ansonsten hätte ich das nach der Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 2 aufgerufen. Vielen Dank für Ihre Erklärung.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Schluss der Aussprache zum Tagesordnungspunkt 2.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben insgesamt vier Abstimmungsvorgänge, die wir jetzt vornehmen müssen. Ich bitte um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Wir stimmen erstens ab über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/8199. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit ist der **Änderungsantrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/8199 angenommen** mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Gegenstimmen von einem Abgeordneten der CDU-Fraktion und von zwei Abgeordneten der FDP-Fraktion und bei Enthaltung der Mehrheit der CDU-Fraktion, der Mehrheit der FDP-Fraktion und der Fraktion der Piraten.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/8205 — Neudruck**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der Piraten **abgelehnt** mit den Stimmen von der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP bei Zustimmung der Fraktion der Piraten.

Wir kommen drittens zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/7544. Der Ausschuss

